



Zur Lage der Jugend

Seit über drei Jahren findet eine sehr rege Diskussion über die gewerkschaftliche Jugendarbeit statt, die den gewerkschaftsinternen Bereich verlassen hat und in einem starken Maße nicht nur von der Gewerkschaftspresse, sondern insbesondere von den Massenmedien aufgegriffen wird. Die Beweggründe für die z. T. sehr unschönen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaftsjugend sollen hier nicht weiter untersucht werden; vielmehr soll aufgezeigt werden, wo mögliche Ursachen zu sehen sind, die das Verhalten unserer jugendlichen Mitglieder gerade in den letzten Jahren scheinbar oder wirklich verändert haben. Der Bericht umfaßt daher nicht die „Jugend“ schlechthin, sondern nur den Teil der bei der Deutschen Bundespost beschäftigten jungen Kolleginnen und Kollegen.

Die Frage, woran liegt es, daß Jugendliche derzeit zu „politischer Enthaltbarkeit“ tendieren, kann nicht losgelöst von der Gesamtsituation gesehen werden. In den letzten Jahren haben sich die ökonomischen und politischen Bedingungen für die jugendlichen Arbeitnehmer verschlechtert. Jugendarbeitslosigkeit einhergehend mit dem unzureichenden Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen, dem vermehrten Angebot von kaum zukunftsorientierten Ausbildungsberufen, dem Versuch, demokratische Rechte abzubauen und wachsende reaktionäre Tendenzen, die selbstkritisches und engagiertes Verhalten erheblich erschweren, bestimmen und bestimmen die Lage der Jugendlichen. Die Auswirkungen dieser „vorgegebenen Verhältnisse“ auf die Jugend waren häufig Anpassung, Wohlverhalten und Flucht in Scheinalternativen. Der Kampf nach der Schulentlassung um einen qualifizierten Ausbildungsplatz und die Angst, nach beendeter Ausbildung ohne eine Beschäftigung zu bleiben, verhindern bei vielen Jugendlichen die Entwicklung zum kritischen, bewußt und engagiert handelnden Menschen. Erschwerend kamen die Wirkungen des sog. Radikalenerlasses hinzu, der bekanntlich weniger in der konkreten Anwendung als vielmehr in seiner psychologisch einschüchternden Wirkung zu Unterordnung und Wohlverhalten führte.

Leistungsdruck und die Angst vor Repressalien, die Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit und der oft gnadenlose Konkurrenzkampf untereinander erschwerten zunehmend auch die gewerkschaftliche Jugendarbeit. In ihrer politischen Perspektive wurde die Gewerkschaftsjugend enttäuscht. Hatte sie noch Anfang der 70er Jahre die Hoffnung im Interesse der Arbeitnehmer - insbesondere auch der Jugendlichen - könnten eine Reihe von Reformen durchgesetzt werden, so mußte sie bald schon feststellen, daß die wirtschaftliche und die von konservativen und reaktionären Kräften eingeleiteten Folgemaßnahmen diese Hoffnung zunichte machten (so z.B. bei der Berufsbildungsreform). Die Auseinandersetzung um die angebliche kommunistische Unterwanderung der DGB-Jugend in den Massenmedien, die Angriffe auf die Gewerkschaften, wie sie an der Mitbestimmungsklage der Arbeitgeberverbände deutlich wurden, die Aussperrungspraxis z. B. während des Druckerstreiks und der obskure Vorwurf, die Gewerkschaften wollten einen Gewerkschaftsstaat errichten, führten zu einer „Verteidigungshaltung“, die die Ausgestaltung und Weiterentwicklung bisher erfolgreich praktizierter gewerkschaftlicher Arbeit erschwerten.

Die Jugendarbeit der DPG

In das von mancher Seite angestimmte Lamento über die ach so erfolglose Jugendarbeit der Gewerkschaften können und brauchen wir als DPG nicht einzustimmen. Trotz der vorstehend beschriebenen allgemeinen Erschwernisse, die sich in der gleichen Deutlichkeit wie in anderen Bereichen auch bei der Deutschen Bundespost (DBP) auswirkten, gelang es

der DPG-Jugend, unterstützt durch die 'Gesamtorganisation, in vielen Bereichen gewerkschaftliche Gegenwehr zu entwickeln. Wichtige Arbeitsfelder waren u. a.

- Kampf um Qualifizierung der beruflichen Bildung bei der DBP,
- Erhalt und Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen und
- Sicherung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Anschluß an die Berufsausbildung.

Grundlage und Selbstverständnis für unsere Arbeit ist der Antrag 300 des 9. Ordentlichen DGB-Kongresses. Die nachstehenden Orientierungspunkte sind Grundlage und Selbstverständnis für unsere Arbeit:

- Die gewerkschaftliche Arbeit in Betrieb und Verwaltung, orientiert an den Konflikten, die sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen und Anpassungszwängen in der kapitalistischen Gesellschaft ergeben;
- die politische Bildungsarbeit, die junge Arbeitnehmer befähigt, ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen zu erkennen und mit ihrer Gewerkschaft entsprechend zu handeln;
- die gewerkschaftliche Jugendarbeit als Interessenvertretung der jungen Arbeitnehmer in gesellschaftlichen Institutionen, wie z. B. Berufsschule und Parteien, sowie durch geeignete politische Aktivitäten und Veranstaltungen darzustellen;
- die Stärkung der Organisation durch Werbung neuer Mitglieder und die solidarische Mitarbeit der Jugend in der Organisation bei Wahrnehmung aller Einwirkungsmöglichkeiten, die der demokratische Aufbau der Organisation gewährleistet.

Zusammen mit diesen Orientierungspunkten leitet sich unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit aus der Satzung, aus dem Gesellschafts- und Berufspolitischen Programm, den Beschlüssen der Gesamtorganisation und den Richtlinien für die Jugendarbeit ab. Dabei gilt es, in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit jugendgemäße Arbeitsformen zu finden, um Jugendliche für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Jugendliche müssen - wo immer es möglich ist - Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten, um in Mitverantwortung die gemeinsame Jugendarbeit auszugestalten. Eigenständiges Tätigwerden, z. B. in Jugendgruppen und Verteilung von Zuständigkeiten, z. B. in Ortsjugendausschüssen, bringt -eher die Bereitschaft zur Mitarbeit, als wenn durch einen „großen Wissener" alle Arbeitsvorhaben und alle Arbeitsschritte vorgegeben werden. Dies bedeutet zugleich, daß gewerkschaftliche Jugendarbeit die Möglichkeit erhält, innerhalb ihrer Struktur die Probleme Jugendlicher aufzuarbeiten, die Positionen zu bestimmen und diese in die Gesamtorganisation hineinzutragen.

Die Jugendarbeit der Deutschen Postgewerkschaft wie auch die Arbeit der Gesamtorganisation muß dem zentralistischen Aufbau und der hierarchischen Entscheidungsstruktur der Deutschen Bundespost Rechnung tragen. Die Tatsache, daß die wesentlichen Entscheidungen zentral durch das Bundespostministerium getroffen werden, hat Auswirkungen auf die praktische Arbeit. Aus der Interessenlage der Jugendlichen heraus gilt es, die Entscheidungsschritte der Deutschen Bundespost rechtzeitig durch gewerkschaftliche Aktivitäten aufzugreifen, um diesen Entscheidungsprozeß im Sinne der Kollegen zu beeinflussen. Dies bedeutet auch, daß die zentralen Gremien, insbesondere der Bundes-Jugendausschuß, in der Wahrnehmung dieser Interessen oftmals die Rolle des Koordinators und Impulsgebers haben. Mit vielfältigen Arbeitsformen hat die DPG-Jugend gezeigt, daß sie die Interessen der Jugendlichen gegenüber dem Arbeitgeber Deutsche Bundespost wirkungsvoll vertritt.

Beispiele

Über Jugendgruppen, Jugendausschüsse, Bezirksjugendkonferenzen, Bezirksjugendausschüsse bis hin zur Bundesjugendkonferenz und zum Bundesjugendausschuß werden in demokratischer Weise Ziele unserer Arbeit entwickelt, die dann meist durch abgestimmtes Handeln aller Ebenen gegenüber dem Arbeitgeber durchgesetzt werden müssen. Als Beispiele unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind nachstehende Aktivitäten anzuführen:

- Aktion „Macht Stifte mit Köpfen“: Mit dieser Aktion gelang es, die seit 50 Jahren praktizierte Anlernausbildung der Postjungboten abzuschaffen und dafür eine nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannte Ausbildung der „Dienstleistungsfachkräfte“ zu schaffen.
- Aktion „Lehrstellenfinanzierung“: Hier konnte gegen den erheblichen Widerstand der Ministerialbürokratie durchgesetzt werden, daß die Deutsche Bundespost die Ausbildungsplätze für Fernmeldehandwerker, die sie zu Beginn der Wirtschaftskrise im Jahre 1975 auf 1600 Plätze zurückschraubte, wieder auf 4000 Ausbildungsplätze erhöhte. Nach wie vor behauptet die Deutsche Bundespost, sie würde - ausgehend von dieser durch den gewerkschaftlichen Druck entstandenen Entscheidung - weit über Bedarf ausbilden. Außerdem konnte durchgesetzt werden, daß die Deutsche Bundespost die vor mehreren Jahren eingestellte Ausbildung zum Kfz-Handwerker wieder aufgenommen hat und seit 1979 132 Jugendlichen eine solche Ausbildung ermöglicht. Hinzu kommt, daß die Zahl der Ausbildungsplätze im Elektromechaniker-Handwerk von 200 um rund 150 gesteigert werden konnte.
- Aktion „450 000“: Entgegen der Absicht der Deutschen Bundespost, trotz Verkehrszuwachs, Urlaubsrückständen und enorm hoher Überstunden den Personalhaushalt auf 450 000 Beschäftigte festzuschreiben, konnte - ausgehend von den Aktivitäten der DPG-Jugend und unterstützt durch die Gesamtorganisation - diese Entscheidung zurückgenommen werden. Damit wurde zugleich die Übernahme aller Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis sichergestellt. Tausende von Jugendlichen der DPG wurden im Rahmen dieser Aktion aktiv, um die von der DPG erklärten Ziele durchzusetzen.

Die vorstehend geschilderten Erfahrungen haben gezeigt, daß der Prozeß zur Verwirklichung der verfolgten Ziele vorangetrieben werden konnte, wobei die Notwendigkeit verdeutlicht wurde, eigenes Engagement im Rahmen bereits erprobter Aktionsformen und ggf. neuer Mittel zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, die Durchsetzung von betrieblichen Problemen - soweit sie im betrieblichen Bereich an Grenzen stoßen - überbetrieblich und außerbetrieblich weiterzuverfolgen, um die Forderung durch das Erzeugen von öffentlichem Druck auf die politisch Verantwortlichen, auf die wirtschaftlich Mächtigen durchzusetzen. Bei allen Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit ist von grundlegender Bedeutung, daß der einzelne Jugendliche erkennt: Hier werden meine eigenen Probleme aufgegriffen, und diese Probleme sind nur zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen zu lösen.

Positive Entwicklung

Die vorstehenden Beispiele haben auch deutlich gemacht, daß überall dort, wo gewerkschaftliche Jugendarbeit Entfaltungsmöglichkeiten besaß, wo sie von den Vorständen nicht nur finanziell unterstützt wurde und nicht an der kurzen Leine geführt wurde, eine Arbeit praktiziert werden konnte, die sowohl innerhalb der Gesamtorganisation Zustimmung fand als auch bei den nicht bzw. falsch organisierten Jugendlichen deutlich machte, daß es die DPG-Jugend ist, die ihre Interessen vertritt. Die positiven Folgen der so verstandenen Jugendarbeit sind auch daran abzulesen, daß sich die Zahl der aktiv arbeitenden Ortsjugendausschüsse und die funktionierenden Jugendgruppen ständig erhöht. Immerhin gibt es derzeit rund 170 aktiv arbeitende Ortsjugendausschüsse und rund 120 funktionierende Jugendgrup-

pen. Gemessen an der Zahl von 80 000 jugendlichen Mitgliedern bis zum 25. Lebensjahr (davon rund 60 000 männlich, 20 000 weiblich) wäre es erfreulich, wenn die Zahl der kontinuierlich aktiv arbeitenden jugendlichen Mitglieder weiterhin erhöht werden könnte. Jedoch ist hier eine positive Aufwärtsentwicklung feststellbar, die unter anderen als den derzeitigen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen - Jugendarbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen, Leistungsdruck - sicherlich noch günstiger verlaufen würde.

Die insgesamt positive Einschätzung insbesondere auch der betrieblichen Arbeit läßt sich an den Ergebnissen der zurückliegenden Jugendvertreterwahlen ablesen. Sowohl die Jugendvertreterwahlen des Jahres 1978 als auch die des Jahres 1980 brachten ein Spitzenergebnis für die Kandidaten der DPG. Bei einer Wahlbeteiligung von immerhin über 90 % konnten auf örtlicher Ebene 97 % der Stimmen, auf bezirklicher Ebene knapp 98 % und auf zentraler Ebene 93 % für die DPG gewonnen werden.

Ein aktuelles Beispiel, wie innerhalb der DPG-Jugend, ausgehend von den betrieblichen und örtlichen Problemen, die Arbeit verstanden wird, ist die derzeitige Auseinandersetzung um die Anlernausbildung der bei der Deutschen Bundespost eingestellten Nachwuchskräfte für den mittleren nichttechnischen Dienst. Diese, nach dem postalischen Sprachgebrauch „Nachwuchskräfte“ genannten Kolleginnen und Kollegen - meist Schulabgänger mit mittlerer Reife - erhalten keine nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannte Ausbildung, sondern werden weitgehend bedarfsorientiert auf die künftige Beschäftigung hin „ausgebildet“. Über die Jugendgruppen und Jugendausschüsse wurde dieses Thema gerade in den letzten Monaten mit dem Ziel problematisiert, den größten Arbeitgeber Europas nun endlich durch gewerkschaftliche Aktivitäten dazu zu zwingen, auch für die jährlich rd. 3000 bis 4000 meist weiblichen Jugendlichen, die im Fernmeldedienst und im mittleren Postdienst eingestellt werden, endlich eine nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannte Berufsausbildung zu vermitteln. Von Seiten des Bundesjugendausschusses wird derzeit eine bundesweit wirkende Aktion vorbereitet, mit der durch Information in der Öffentlichkeit und dem hoffentlich dadurch auftretenden Druck gegenüber dem Arbeitgeber diese Forderung durchgesetzt wird.

Politische Aktivierung

Auch künftig wird sich Jugendarbeit der Deutschen Postgewerkschaft in erster Linie als Interessenwahrnehmung und Interessenvertretung der jugendlichen Arbeitnehmer verstehen. Alle gewerkschaftlichen Aktivitäten sind daher auf diese Zweckbestimmung hin auszurichten. In einer Gesellschaft mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind die Gewerkschaften zwangsläufig Kontrahenten derer, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzen. Diese grundlegende Ausgangslage für die Arbeit der Gewerkschaft in unserer Gesellschaft ist auch immer zugleich Grundlage für unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit. Der politische Aktivierungsprozeß erfolgt wesentlich durch das

- Eintreten für demokratische Grundrechte,
- für gesellschaftliche Veränderungen durch Reformen und
- für das parlamentarisch-demokratische Handeln über Parteien.

Bei der Gestaltung gewerkschaftlicher Jugendarbeit sind die sich ständig im Wandel befindlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Situation der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Gesellschaft stellen die Grundlage für die jeweiligen Aktivitäten dar. Ergänzend hierzu hat die Kultur- und Freizeitarbeit einen großen Stellenwert. Sie darf jedoch nicht Freizeitgestaltung zum Selbstzweck sein, sondern dient immer zur Vorbereitung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen in Betrieb und Gesellschaft. Freizeit- und Kulturarbeit allein würde langfristig nicht die erforderlichen aktiven und engagierten Gewerkschaftsmit-

glieder mit sich bringen. Es ist vielmehr erforderlich, den berufs- und gesellschaftspolitischen Teil der gewerkschaftlichen Arbeit sinnvoll mit Freizeit- und Kulturarbeit zu kombinieren. Dabei soll Freizeitarbeit eine Ergänzung zur eigenen Interessenwahrnehmung und Interessenvertretung darstellen. Freizeitarbeit heißt, im Kreise von Gleichgesinnten Dinge, die Spaß machen, auch gemeinsam zu erleben. Freizeitarbeit heißt schließlich nicht nur konsumieren, sondern aktiv mitzugestalten. Die innerhalb der DPG-Jugend aktiv arbeitenden Jugendgruppen haben inzwischen diesbezüglich vielfältige Arbeitsformen entwickelt. Aufgabe der Organe der DPG ist es, die Vielfalt gewerkschaftlicher Jugendarbeit nachdrücklich zu unterstützen. So finden z. B. die gewerkschaftlichen Jugendtreffen, sei es auf örtlicher, bezirklicher oder zentraler Ebene, immer größer werdenden Anklang. Politische Themen, Gewerkschaftsarbeit werden z. B. durch Sport und Kulturveranstaltungen ergänzt. Der ausschließlich von Jugendgruppen der DPG ausgestaltete Kulturabend anlässlich der Bundesjugendkonferenz im Mai 1980 war ebenfalls Ausdruck der praktizierten Kulturarbeit.

Für die ureigensten Interessen

Daneben hat die Jugendbildungsarbeit nach wie vor einen wesentlichen Stellenwert für die gewerkschaftliche Interessenvertretung sowie bei der Heranbildung des gewerkschaftlichen Nachwuchses. Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit soll im Rahmen der Zielsetzung und Aufgabenstellung gewerkschaftlicher Jugendarbeit junge Arbeitnehmer an die Arbeit heranführen, sie in diese Arbeit integrieren und sie befähigen, sich aktiv an der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen sowie der aller Arbeitnehmer zu beteiligen. Gewerkschaftliche Jugendarbeit muß allerdings eingebunden sein in die gewerkschaftliche Diskussion innerhalb des DGB und der Einzelgewerkschaften. Die Einschätzung von der Funktion der Leitfäden ist in der DPG kein Konfliktstoff. In dem vom Hauptvorstand beschlossenen Leitfaden für die Jugendbildungsarbeit Stufe I wird klargestellt: „Dieser Leitfaden ist nicht als starre Handlungsanweisung zu verstehen, vielmehr wird der konkrete Lehrgangsablauf zwar auf der Grundlage dieses Leitfadens verfolgt, jedoch wird der Lehrgang im einzelnen u. a. durch eine entsprechende Lehrgangszusammensetzung beeinflusst werden.“ Daraus folgt, daß selbstverständlich auch auf die Teilnehmerstruktur und die Teilnehmererfahrungen eingegangen wird, um einen Lehrgang konzeptionell abzuwickeln. Nach Auffassung der DPG-Jugend kann eine zweckbestimmte Bildungsarbeit nur durch die notwendige Transparenz der Bildungsinhalte im gewerkschaftlichen Sinne erfolgen und auch nur so sinnvoll praktiziert werden. In gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen sind den Teilnehmern daher gewerkschaftliche Grundpositionen und Erkenntnisse zu vermitteln, wobei auf ihren Erfahrungen aufgebaut wird, um sie damit zur aktiven Mitarbeit für ihre Interessen in der Organisation zu gewinnen.

Die DPG-Jugend nebst den für die Jugendarbeit Verantwortlichen innerhalb der Organisation sehen keine Veranlassung, die bisher praktizierte Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit von Grund her zu verändern, wobei neue Erkenntnisse durchaus in der Arbeit umgesetzt werden müssen. Aufbauend auf den gemachten Erfahrungen und den vorhandenen Problem-bereichen gilt es, nichts theoretisch zu zerreden und damit lahmzulegen - was nicht heißt, daß Theorie entbehrlich sei -, sondern durch praktische Arbeit, die den Kollegen hilft, unsere gewerkschaftlichen Ziele voranzubringen. Bei aller Diskussion um unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit müßte für alle, die sich hieran beteiligen, klar sein - und dies ist von grundsätzlicher Bedeutung-, daß es unser Ziel sein muß, daß die Jugendlichen selbst erkennen: gewerkschaftliche Jugendarbeit soll ein Beitrag dafür sein, ihre ureigensten Interessen zu vertreten, wobei ihre aktive Mitarbeit unentbehrlich ist.

Franz Tremel